

Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.
Sitzung vom 09. Dezember 2002

- Sanierung von Wasserleitungen und Abwasserkanälen 3,4 Mio.
- Sanierung Freibad 2,8 Mio.
- Korrektur Rietbach (Quartierplan) 3,9 plus ca. 2 Mio. 5,9 Mio.
- Für die Stiftung Alterszentrum ist ein zinsloses Darlehen von 1,6 Mio. eingesetzt.

Im April 2003 wird der Stadtrat die Auswirkungen einer allfälligen Steuergesetzrevision diskutieren und über die Vorgaben für das Budget 2004 entscheiden. Zum Schluss unverändert meine Botschaft an Sie: Für nachhaltig gesunde Finanzen führt kein Weg an einer Beschränkung auf das absolut Notwendige vorbei. Lediglich wünschbare Projekte gefährden mittel- und langfristig die finanzielle Stabilität. Ihre Mitarbeit, meine Damen und Herren, zum Erreichen unseres Ziels „Gesunde Finanzen“ ist unerlässlich.“

Eintretensdebatte

Claudio Schmid erklärt, die SVP-Fraktion sei für Eintreten und unterstütze die Anträge der RPK. Der Steuerhaushalt sei zu optimistisch budgetiert, ebenso der horizontale Finanzausgleich. Der Gebührenhaushalt stünde gut da. Mit insgesamt 8 Mio. Franken in der Kasse entspräche dies fast einem Jahresumsatz. Man müsse aufpassen, dass mit der Verzinsung keine Quersubventionierung der Spezialfinanzierungen entstehe.

Für **Peter Fehrlin** hat der Stadtrat einen grossen Schritt getan, um 2004 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. In den meisten Bereichen komme der Sparwille des Stadtrates und der Verwaltung zum Ausdruck. Das Budget habe auch der Prüfung der RPK standgehalten; es seien keine Fehler oder Einsparungsmöglichkeiten aufgedeckt worden. Dass Kürzungen bei der Verwaltung anfallen sei nicht erstaunlich, dort bestünden am wenigsten Vorgaben von dritter Seite. Die FDP/CVP-Fraktion unterstütze die Anträge der RPK. Es sei richtig, dass dort, wo Gebührenhaushalte Überschuss erwirtschaften, diese auch wieder verwendet würden. Sorgen bereite der Selbstfinanzierungsgrad. Zum Glück seien die Zinsen im Moment tief. Es sei richtig, dass investiert werde, damit nicht später ein grosser Nachholbedarf bestehe.

Fritz Münger gibt namens der SP folgende Erklärung ab: „Die Bülacher Finanzpolitik ist nach wie vor auf dem richtigen Kurs, der von der SP-Fraktion in den vergangenen Jahren stets mitgetragen worden ist. Die aktuelle Situation ist sicherlich nicht zu beschönigen. Im Gegensatz zum Stadtrat können wir diesmal den Optimismus in Bezug auf die Steuereinnahmen nicht teilen. Wir nehmen an, dass die Schulden aufgrund der Mindereinnahmen wachsen werden. Die SP-Fraktion ist der Meinung, es wäre jetzt an der Zeit, wieder mehr Investitionen zu tätigen, was wir bereits im ver-

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.
Sitzung vom 09. Dezember 2002



- die anfallenden Aufgaben auf verschiedene Funktionen verteilt und in Funktionsbeschreibungen festgehalten. Wir haben nirgends sonst Funktionsbeschreibungen gefunden;
- aus der Funktionsbeschreibung des Staboffiziers wurde der Leistungsumfang geschätzt mit 30 %;
- die anfallenden Kosten bewusst unter das Konto „Dienstleistungen Dritter“ genommen, da wir keine Pauschalentschädigung, sondern eine leistungsbezogene Abgeltung wollten.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den Streichungsantrag abzulehnen. Geben Sie uns die Möglichkeit, wirklich den Betrieb optimal zu führen und die Zukunft zeitgerecht vorzubereiten. Sie unterstützen damit eine bereits heute äusserst wirtschaftlich handelnde Einheit unserer Sicherheit und motivieren zur Fortführung des kostenbewussten Handelns. Sie zollen unserem Bestreben nach Transparenz der Feuerwehrorganisation und einem transparenten und einer leistungsbezogenen Abgeltung ihre Anerkennung. Und nicht zuletzt zeigen Sie damit Ihren Respekt und Ihre Anerkennung den Feuerwehrangehörigen gegenüber, die sich für unsere Sicherheit freiwillig einsetzen."

Rolf Broglie bemerkt, dass er mit den Zahlen im Voranschlag 2003 auf Kosten von Fr. 49.– pro Einwohner komme, ziehe er den Ertrag ab und nehme nur den Aufwandüberschuss, seien es immer noch Fr. 30.–/EinwohnerIn. Ihm sei nicht klar, wie man auf Fr. 23.–/EinwohnerIn komme.

Stadträtin Ilse Kaufmann entgegnet, sie habe die Liste vom Finanzberater übernommen und sich darauf verlassen.

Claudio Schmid weist darauf hin, dass statistische Zahlen meistens auf Vorjahren basierten und es deshalb Verzerrungen geben könne.

Othmar Kern erklärt, dass er gegen den Antrag der RPK sei, weil nicht dort gespart werden soll, wo Freiwilligeneinsatz geleistet werde.

Claudio Schmid wird sich als betroffenes Kadermitglied der Feuerwehr der Stimme enthalten. Er weist auf das gut funktionierende Milizsystem hin und findet den Ansatz Richtung Professionalisierung heikel.

Stadträtin Ilse Kaufmann wehrt sich gegen die Unterstellung von Professionalisierungsabsichten. Erstmals sei die Feuerwehr auf Sollbestand, seitdem sie das Amt führe. Dies sei auch ein Gütezeichen.



Abschnitt 6 – Verkehr

Diesem Kapitel wird diskussionslos und grossmehrheitlich zugestimmt.

Abschnitt 7 – Umwelt und Raumordnung

Claudio Schmid beantragt, die Kehrichtgrundgebühr um Fr. 12.– pro Haushalt zu senken. Die finanzielle Situation der Spezialfinanzierung „Entsorgung“ erlaube dies. Bei ca. 6'500 Haushalten würde dies Einnahmevermindernungen von total Fr. 75'000.-- ausmachen. Man könne diese Reduktion während 10 Jahren machen und der Überschuss wäre noch immer nicht abgetragen.

Stadträtin Hanni Guyer macht darauf aufmerksam, dass der Gebührenhaushalt bei Spezialfinanzierungen ausgeglichen sein muss. Erst ab einem Bestand eines Jahresumsatzes sei die Äufnung der Reserven unüblich. Mit einem aktuellen Kontostand von rund 1,3 Mio. Franken und bei einem Aufwand von 2,3 Mio. Franken seien die Voraussetzungen bei weitem noch nicht gegeben. Die letzte Senkung der Grundgebühr habe im Jahr 2000 von Fr. 190.– auf Fr. 150.– stattgefunden. Aufgrund des gestiegenen Kostenbewusstseins und aufgrund vorgenommener Verbesserungen habe die Rechnung in den letzten Jahren immer besser abgeschlossen als budgetiert. Man möchte im Jahr 2003 aber die ganze Entsorgung überarbeiten inkl. Sammelstellen, denn rund um die Sammelstellen laufe noch nicht alles optimal. Bülach wachse gegen Norden und Süden. Die Folge seien mehr Abfall, höhere Tonnagen und längere Touren. Auch von da her gesehen wäre es nun das falsche Moment, die Gebühren zu senken. Sie bittet, dem Antrag nicht zuzustimmen und ihr ein Jahr Zeit zu geben. Bis dahin könne sie sagen, wie sich die Sache entwickeln werde.

Heinz Kousz fände es keine Schande, zweimal innert kurzer Zeit die Gebühren zu senken. Wenn dann zu wenig Geld im Fonds wäre, würde es ihn nicht stören, die Gebühren wieder anzupassen. Man müsse daran denken, dass die Stadt das Kapital der Spezialfinanzierungen mit teuren 5 % verzinsen müsse. Deshalb könne er dem Antrag zustimmen.

Othmar Kern stellt fest, dass beim Wasser die Tarife jeweils ein Jahr im voraus festgelegt werden müssen. Er möchte wissen, ob dies für den Kehricht nicht auch gelte.

Dies wird aus dem **Stadtrat** bestätigt.

Daraufhin zieht Claudio Schmid seinen Antrag zurück.